

Niederschrift
über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Sitzungstermin:	Donnerstag, 19.11.2020
Sitzungsbeginn:	18:36 Uhr
Sitzungsende:	20:15 Uhr
Ort, Raum:	in der Glück-Auf-Halle, Holz

Anwesend sind:

Als Vorsitzender:

Redelberger, Thomas, Bürgermeister

Ratsmitglieder:

Barth, Tobias	SPD	
Bauer, Hartmut	CDU	
Bernauer, Mark	CDU	
Blanckenhorn, Dirk	GLN Klimabunt	
Britz, Tim	SPD	
Flöhl, Rüdiger	GLN	bis TOP 4 / 19:13 Uhr
Franke, Jörg	AfD	
Hartmann, Carsten	SPD	
Hill, Hans-Kurt	GLN Klimabunt	
Kaninke, Werner	AfD	
Kiel, Johannes	CDU	
Kopp, Pascal	FDP	
Krebs, Ulrich	FDP	
Lafontaine, Hans Gerhard	GBH	
Lesch, Bruno	CDU	
Maas, Helmut	CDU	
Mailänder, Herbert	SPD	
Meisberger, Patrik	CDU	
Michaelis, Friedrich	CDU	
Näckel, Kilian	CDU	
Neuhardt, Jörg	SPD	
Reimann, Peter, Dr.	SPD	
Roos, Denis	SPD	
Ruloff, Harry	GBH	
Saar, Horst	GLN Klimabunt	
Schmidt, Manfred	CDU	
Schmidt, Stefan	SPD	
Schwindling, Jörg	CDU	
Trappmann, Claudia	SPD	
Wachall, Richard	CDU	
Woll, Peter	CDU	
Zimmer, Reiner	SPD	

Von der Verwaltung:

Mack, Ursula

bis TOP 10.1 / 19:56 Uhr

Beschluss mit 11 Ja-Stimmen (9 SPD/ 2 FDP) und 16 Nein-Stimmen (12 CDU/4 GLN) bei 4 Stimmenthaltungen (2 GBH/2 AfD):

„Der Gemeinderat beschließt, die Drucksache BV/0169/20 im öffentlichen Teil zu beraten und zu beschließen.“

Somit ist der SPD-Antrag abgelehnt.

Herr Zimmer verweist auf das KSVG wonach alles, was von öffentlichem Belang sei, im öffentlichen Teil zu behandeln sei. Es würden keine Persönlichkeitsrechte verletzt und somit öffentliches Interesse bestehen. Die SPD-Fraktion behalte sich vor, die Angelegenheit von der Kommunalaufsicht überprüfen zu lassen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Tagesordnung nur durch Beschluss des Gemeinderates geändert werden könne. Der Gemeinderat habe der Änderung nicht zugestimmt.

Der Vorsitzende lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

Einstimmiger Beschluss:

„Der Gemeinderat beschließt nachfolgend aufgeführte Tagesordnung:“

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Annahme der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 29.10.2020 (öffentlicher Teil)
- 2 Bekanntmachung der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 29.10.2020
- 3 Information Produktionsstandort SVOLT
- 4 Firmenansiedlung der Firma SVOLT im ehemaligen Laminatpark Eiweiler - Einladung der Projektpartner - Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion
Vorlage: BV/0187/20
- 5 Satzungen
 - 5.1 Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Seniorenwohn- und -pflegeheim mit Kita Schillerstraße" - Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen aus den Beteiligungen gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) und Satzungsbeschluss
Vorlage: BV/0151/20
 - 5.2 Erlass einer 1. Änderungssatzung zur Hebesatz-Satzung der Gemeinde Heusweiler
Vorlage: BV/0153/20
 - 5.3 Erlass der Satzung über die öffentlichen Bekanntmachungen der Gemeinde Heusweiler

Vorlage: BV/0154/20

- 6 Erhebung von Vergnügungssteuern ab 1. Januar 2021
Vorlage: BV/0158/20
- 7 Abschluss eines Tierbetreuungsvertrages zwischen dem Regionalverband Saarbrücken und dem Tierschutzverein 1924 Saarbrücken e.V. zur Liquiditätssicherung des Bertha-Bruch-Tierheims in Saarbrücken
Vorlage: BV/0173/20
- 8 Wirtschaftsplan 2021 des EVS
Vorlage: BV/0176/20
- 9 Wirtschaftsplan des Zweckverbandes ÖPNV auf dem Gebiet des Regionalverbandes Saarbrücken (ZPRS)
Vorlage: BV/0175/20
- 10 Mitteilungen und Verschiedenes

Nichtöffentlicher Teil

- 11 Annahme der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 29.10.2020 (nichtöffentlicher Teil)
- 12 Personalangelegenheiten
- 12.1 Interne Stellenausschreibung für die Stelle einer pädagogischen Gesamtleitung
Vorlage: BV/0169/20
- 13 Mitteilungen und Verschiedenes

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

- zu 1 Annahme der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 29.10.2020 (öffentlicher Teil)**

Einstimmiger Beschluss bei 6 Stimmenthaltungen (4 SPD/1 GBH/1 CDU):

„Die Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 29.10.2020 (öffentlicher Teil) wird in der vorliegenden Fassung angenommen.“

- zu 2 Bekanntmachung der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 29.10.2020**

Der Vorsitzende verliest nachfolgende Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 29.10.2020:

- Der Gemeinderat beschließt, den Zuschlag für die Beschaffung des MTW für die Jugendwehr der Fa. Bunk zu erteilen.

- Herr Andreas Becker wird ab 01. November 2020 als Erzieher in Teilzeit mit einer durchschnittlichen, regelmäßigen, wöchentlichen Arbeitszeit von 30,0 Stunden befristet für die Dauer des Beschäftigungsverbotes, des Mutterschutzes sowie einer ggf. daran anschließenden Elternzeit einer Beschäftigten eingestellt.

zu 3 **Information Produktionsstandort SVOLT**

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Ratsmitglieder und die Mitarbeiter der Verwaltung über den aktuellen Sachverhalt per Mail informiert worden seien. Wie dem Rat bekannt sei, seien, bezüglich eines Interessenten für das Gelände des ehemaligen Lamine Parks, in den vergangenen Monaten mehrfach Gespräche mit der gwSaar geführt worden. Aus Vertraulichkeitsgründen habe man den Namen des Unternehmens nicht gekannt, es sei jedoch klar gewesen, dass es sich um ein international tätiges Unternehmen im Bereich der Mobilität handele. Im letzten Gespräch sei klar geworden, dass die Entscheidung des Unternehmens Ende Oktober bis Mitte November fallen solle. Am vergangenen Dienstag gegen 10:00 Uhr habe er eine Einladung des Ministerpräsidenten Hans und der stellvertretenden Ministerpräsidentin Rehlinger zu einer Videokonferenz für 12:00 Uhr erhalten. Löblich sei, dass die Information vor der Pressekonferenz erfolgt sei. Der Kollegin aus Überherrn und ihm sei dann der Name des Unternehmens mitgeteilt worden. Es handele sich um SVOLT, ein chinesisches Hightech-Unternehmen, welches plane, die Batterieherstellung in Überherrn mit einem Werk zur Produktion und in Heusweiler, im ehem. Lamine Park mit einem Werk für Zusammenbau, Verpackung und Versand durchzuführen. Die Gesamtinvestition werde bis zu 2 Milliarden € betragen. Die beiden Standorte sollen zum europäischen Standort des Unternehmens mit bis zu 2.000 Arbeitsplätzen im Endausbau werden. Die Ansiedlung bedeute für das Saarland einen riesigen Schritt in der aktuellen Wirtschaftssituation gerade im Automobil-Bereich. Dies sei eine hervorragende Leistung des Landes, der Strukturholding gwSaar, der Staatskanzlei sowie des Wirtschaftsministeriums. Das Saarland habe sich gegen ca. 30 weitere Standorte europaweit durchsetzen können. Heusweiler gehöre zu einem Teil dieses Projektes, in dem Mobilität der Zukunft gebaut werde. Ein einziges Unternehmen mit einer solchen Tragweite im Bereich der Elektromobilität, stelle eine herausragende Situation für die Gemeinde dar, über die sich wohl alle freuen.

Nun müsse der Weg entsprechend geebnet werden. Dies bedeute für Heusweiler entsprechendes Baurecht zu schaffen. Mit Herrn Schuck von der gwSaar sei ein Termin für Anfang Dezember vereinbart worden, um die Gespräche weiterzuführen. Er sei sich sicher, seitens des Landes gute Unterstützung zu erhalten, da die Ansiedlung von Unternehmen auch ein Anliegen des Landes sei. Die Aufteilung werde zunächst so sein, dass in Überherrn 400 Arbeitsplätze geschaffen werden und die Produktion bis Mitte 2023 beginnen solle. In Heusweiler soll eine Ansiedlung bereits ab Mitte 2022 erfolgen, in der zunächst 150 Menschen Arbeit finden werden. Dies soll im Laufe der Zeit gesteigert werden. Natürlich hoffe man auch auf Nachfolgeansiedlungen. Er wolle dem SPD-Antrag nicht vorgreifen, jedoch sei das Wirtschaftsministerium auf ihn zugekommen und habe darum gebeten, dass Wirtschaftsministerin Rehlinger und Herr Schuck in den Gemeinderat kommen, um entsprechende Informationen geben zu können. Man werde überprüfen, ob bis zur Sitzung am 10.12.2020 eine Videoschaltung möglich sei.

Herr Krebs hält fest, es sei überhaupt keine Frage, dass diese Nachricht euphorisch aufgenommen werde. Für die frei gewordene Gewerbefläche in Eiweiler eine

Nachnutzung durch eine einzige Ansiedlung zu erhalten, sei das Beste, was mit einer so großen Fläche passieren könne. Dies sei auch für die Gemeinde positiv, durch die zu erwartenden Gewerbesteuererinnahmen. Das ganze sei für ihn, als stellvertretender Sprecher der FDP-Fraktion, jedoch mit einem großen Wehrmutstropfen versehen. Die Landesregierung habe die Gemeinde Heusweiler vor der Pressekonferenz informiert, was sich seiner Meinung nach gehöre, dass die Betroffenen Bescheid wüssten, bevor die Öffentlichkeit davon erfahre. Allerdings seien demokratische Grundregeln nicht eingehalten worden. Es gebe offensichtlich in den Gemeinde- und Stadtparlamenten Fraktionen unterschiedlicher Qualität. Die einen werden hinzugezogen und informiert, in diesem Fall die Fraktionen von CDU und SPD im Heusweiler Gemeinderat und die anderen Fraktionen seien in jedem Fall vernachlässigbar. Es sei eine Schande, dass die Grundrechte in der Demokratie von der Landesregierung so missachtet würden. Er sei außer sich vor Wut und überlege ernsthaft, sein kommunalpolitisches Engagement dauerhaft einzustellen.

Herr Stefan Schmidt teilt mit, dass sich die SPD-Fraktion außerordentlich freue, dass man eine Zukunftsreglung für den Standort Eiweiler und den Wirtschaftsstandort Heusweiler aus einem Guss hinbekomme. Dies sei eine riesige Chance, die man erhalte mit einer zukunftssträchtigen Industrie. Diesen Prozess wolle man aktiv begleiten. Hieraus ergäben sich vielerlei Chancen, die man in Heusweiler angehen sollte. Die größte Chance sei, dass man sich in Heusweiler als Gemeinde bezüglich der erneuerbaren Energien und der neuen Elektromobilität entsprechend generieren und dies über die Landesgrenzen hinaus zeigen könne. Er glaube, dass eine solche Ansiedlung bundesweit Beachtung finde. Was man lese, seien schon die ersten Chargen der Batterieproduktion von SVOLT verkauft, mit wachsendem Interesse heimischer und internationaler Automobilhersteller. Hierbei werde auch auf Heusweiler geschaut, was für die Gemeinde bedeute, dass sie ihre Hausaufgaben machen müsse, was den Ausbau der Lade- und Infrastruktur angehe. Hier sehe er auch die Gemeindewerke gefragt, stärker in die entsprechend Technologie einzusteigen. Auch der Rat müsse sich aktiv in den Prozess miteinbringen. Ebenso müssten die Bürger mitgenommen werden, damit sich Missstände nicht mehr wiederholen können, wie dies beim Laminat Park in Bezug auf die Anlieferung erfolgt sei. Als SPD-Fraktion wolle man dem Wirtschaftsministerium, dem Staatssekretär und der Ministerin außerordentlich danken. Er zitiert, was die Fa. SVOLT auf ihrer Homepage schreibe, nämlich dass das saarl. Wirtschaftsministerium mit seinem Umsetzungskonzept aktiv in die Ansiedlungsgespräche gegangen sei und SVOLT überzeugen konnte. Sowohl die Landesregierung als auch das Wirtschaftsministerium hätten einen super Job gemacht. Die SPD-Fraktion sei euphorisch und werde mitgehen.

Herr Manfred Schmidt kann seinem Vorredner nur beipflichten. Die CDU-Fraktion freue sich ebenso über die Ansiedlung die in Heusweiler-Eiweiler von statten gehe. Man sei die ganze Zeit am rätseln gewesen, was mit dem Gelände geschehe oder ob es zur Industriebranche werde. Die Landesregierung habe gute Arbeit geleistet, dafür auch der Dank der CDU an die Landesregierung, den Ministerpräsidenten und natürlich an die Wirtschaftsministerin Anke Rehlinger. Den Antrag der SPD werde die CDU mittragen, obwohl man diesen nicht mehr benötige. Es sei ja im Grund genommen schon angeklungen, dass die Personen in den Gemeinderat Heusweiler kommen und direkt informieren wollen. Insofern müsse die Umsetzung schnell passieren, d. h. man benötige, was das Bauamt anbelange, mehr Personal. Er kündigt an, dass die CDU einen Antrag einbringen werde, das Bauamt entsprechend zu personalisieren. In einem weiteren Schritt

sollte darüber nachgedacht werden, dass es in Eiweiler noch weitere Flächen gebe, die man mitberücksichtigen müsse oder könne. Auch hierzu werde die CDU einen Antrag einreichen.

Herr Hill ist der Meinung, man sollte sowas auch rational betrachten. Es sei eine große und gute Chance für den Wirtschaftsbereich Saarland, nicht nur für Heusweiler. Er hoffe, dass viele Heusweiler Bürgerinnen und Bürger dort einen Arbeitsplatz finden werden. Seitens der GLN wünsche man sich, dass das Unternehmen immissionsfrei werde, man es als „grün“ bezeichnen könnte. Er hoffe, dass das Werk eine gute Zukunft für Heusweiler biete.

Herr Zimmer hält fest, dass allen bekannt sei, wie sehr das Ford-Werk in Saarlouis wackele. Derzeit gebe es noch kein Konzept für ein Nachfolgeprodukt nach 2024. Dieses Unternehmen könne eventuell dabei helfen, einen Konzern wie Ford an der Saar zu halten.

Der Vorsitzende fasst zusammen, dass man gewillt sei, die Ansiedlung zu unterstützen und dass man sich sehr freue.

**zu 4 Firmenansiedlung der Firma SVOLT im ehemaligen Laminatpark Eiweiler - Einladung der Projektpartner - Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion
Vorlage: BV/0187/20**

Der Vorsitzende merkt an, dass der Sachverhalt dargestellt sei. Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt er über den Antrag abstimmen:

Einstimmiger Beschluss:

„Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, Vertreter der Strukturholding Saar, des Saarländischen Wirtschaftsministeriums und der Firma SVOLT in eine kommende Sitzung des Gemeinderates (nach Möglichkeit bereits im Dezember) einzuladen.“

zu 5 Satzungen

**zu 5.1 Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Seniorenwohn- und -pflegeheim mit Kita Schillerstraße" - Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen aus den Beteiligungen gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) und Satzungsbeschluss
Vorlage: BV/0151/20**

Der Vorsitzende erläutert den Sachverhalt und teilt mit, dass der Beschluss des Ortsrates abgeändert sei, da noch Areal für einen Spielplatz und eine Grünfläche im Durchführungsvertrag gefordert werde. Er verweist auf die mehrheitliche Beschlussempfehlung des Bau- und Verkehrsausschusses ohne diese Änderung.

Herr Stefan Schmidt könne nahtlos an seine Ausführungen zum Aufstellungsbeschluss anknüpfen. Für die SPD-Fraktion bleiben Fragen offen, insbesondere was die Verkehrssituation und Parksituation in der Schillerstraße angehe. Es gebe die eine oder andere Verbesserung, sei jedoch substanziell nicht hinreichend geklärt. Ebenso verhalte es sich mit der Entwässerung. Dennoch werde man als

SPD-Fraktion dem Vorhaben nicht im Wege stehen. Die SPD werde sich bei der Abstimmung enthalten und begründe es damit, dass der Außenbereich für die Kindergarten- und Kita-Kinder recht knapp dimensioniert sei. Hier könne kein pädagogisches Konzept im Außenbereich erfolgen. Kritikfähig finde man hinsichtlich des Investors, dass der Vorschlag des Rates, die beiden Grundstücke in der Goethestraße mit in den B-Plan miteinzubeziehen, nicht angenommen worden sei. Da der Bedarf an Kita- und Kindergartenplätze dringend benötigt werde, empfinde die SPD-Fraktion eine Stimmenthaltung für gerechtfertigt.

Der Vorsitzende teilt seitens der Verwaltung mit, man könne keinen Investor dazu zwingen, Grundstücke zu kaufen, zumal nicht einmal klar war, ob diese überhaupt zum Verkauf stehen. Herr Sellmann vom Schwesternverband habe gesagt, dass er diese Option mitnehmen und ansprechen wolle. Hinsichtlich des Außengeländes gebe es klare gesetzliche Vorgaben, die der Bauträger einhalten müsse. Die Dimensionierung obliege dem Landesjugendamt. Eine Unterschreitung hätte zur Folge, dass der Träger keine Genehmigung erhalte.

Der Vorsitzende lässt über die Beschlussempfehlung des Bau- und Verkehrsausschusses abstimmen.

Einstimmiger Beschluss bei 9 Stimmenthaltungen (SPD):

1. Dem Abschluss des gemäß § 11 Baugesetzbuch (BauGB) erstellten städtebaulichen Vertrages - Durchführungsvertrag zur Planungskostenübernahme und Bauverpflichtung - mit dem Vorhabenträger wird zugestimmt.
2. Den in der Verwaltungsvorlage dargelegten Abwägungsergebnissen wird zugestimmt.
Die Planunterlagen sind entsprechend der Abwägungsergebnisse zu ergänzen. Eine Änderung der wesentlichen Planungskonzeption zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan hat sich nicht ergeben, so dass eine erneute Offenlage gem. § 4a Abs. 3 BauGB nicht erforderlich ist.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die Nachbargemeinden, die sich zur Planung geäußert haben, von dem Ergebnis der Abwägung in Kenntnis zu setzen.
4. Der Gemeinderat beschließt gem. § 10 Abs. 1 BauGB den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Seniorenwohn- und -pflegeheim mit Kita Schillerstraße“ im Ortsteil Heusweiler, bestehend aus der Planzeichnung mit den textlichen Festsetzungen und der Begründung als Satzung.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, den Satzungsbeschluss des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Seniorenwohn- und -pflegeheim mit Kita Schillerstraße“ im Ortsteil Heusweiler gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

zu 5.2 Erlass einer 1. Änderungssatzung zur Hebesatz-Satzung der Gemeinde Heusweiler Vorlage: BV/0153/20

Der Vorsitzende gibt Ausführungen zum Sachverhalt. Weil man in die Haushalts-

beratungen gehe und man noch nicht genau wisse, wie es mit den Sanierungsvorgaben bezüglich des Saarlandpaktes aussehe, habe Frau Mack vorgeschlagen, den Beschluss, der im Personal- und Finanzausschuss getroffen worden sei, etwas zu modifizieren.

Herr Manfred Schmidt hält fest, dass aufgrund der wirtschaftlichen Situation hervorgerufen durch die Pandemie es für die CDU kein Thema sei, die Hebesteuersätze zu erhöhen, weder bei der Grundsteuer noch bei der Gewerbesteuer. Da dies absolut kontraproduktiv sei, werde die CDU diesen Weg so nicht mitgehen.

Herr Stefan Schmidt könne sich seinem Vorredner voll und ganz anschließen. Auch die SPD-Fraktion werde eine Erhöhung der Gewerbesteuer und der Grundsteuer A und B nicht mittragen. Was er gerne nochmal einbringen möchte sei, was die SPD schon seit langem fordere, dass über eine Grundsteuer C auf Landesseite diskutiert werde. Man habe in Heusweiler sehr viele unbebaute Grundstücke, was im krassen Gegensatz zum begehrten Wohnraum stehe. Es gebe viele Grundstückseigentümer, die ihre Grundstücke weder verkaufen oder bebauen wollen, da diese als Spekulationsobjekte gesehen würden. Dies empfinde die SPD als unsozial und ungerecht. Deshalb werde angeregt, über eine Grundsteuer C, eine Besteuerung bebaubarer aber nicht bebauter Grundstücke, nachzudenken.

Herr Krebs merkt an, dass in dieser Ausnahmesituation keine Erhöhung der Steuersätze in Frage komme. Dies sei Konsens unter den Mitgliedern des Personal- und Finanzausschuss gewesen. Auch müsse man sich überlegen, wenn die akute Phase der Pandemie vorbei sei, ob angesichts der Schäden, die die Pandemie in der Wirtschaft bei den Betrieben hinterlassen habe, höhere Hebesätze angezeigt seien.

Herr Hill möchte auf eine Bemerkung, die die Grundsteuer C betreffe, eingehen. Es sei richtig, dass man Spekulationsobjekte stärker besteuern sollte, aber man dürfe nicht vergessen, dass man im Saarland den größten Eigenheimanteil Deutschlands habe. Damit verbunden seien auch die Privatgrundstücke, die von den Besitzern für ihre Nachkommen vorgehalten würden. Diese höher zu besteuern halte er für falsch. Dort wo spekuliert werde, sollte man differenzieren. Des Weiteren vertrete er die Meinung, erst die vielen Baulücken zu schließen, bevor weitere Bauflächen neu erschlossen werden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, verliert der Vorsitzende die Neuformulierung des Beschlusses und lässt hierüber abstimmen:

Einstimmiger Beschluss:

„Der Gemeinderat beschließt, auf Grund der aktuellen Corona-Situation vorerst keine Erhöhung der Hebesätze vorzunehmen.

Gleichzeitig behält er sich das Recht vor, im Rahmen der anstehenden Haushaltsberatungen zum Doppelhaushalt 2021/2022 erneut über die Möglichkeit einer Erhöhung zu beraten und – sofern dies zur Erreichung der Sanierungsvorgaben im Saarlandpakt erforderlich werden sollte – zu beschließen.“

zu 5.3 Erlass der Satzung über die öffentlichen Bekanntmachungen der Gemeinde Heusweiler
Vorlage: BV/0154/20

Der Vorsitzende erläutert, dass künftig eine digitale Bekanntmachung erfolgen könne. Parallel dazu soll die Wochenpost das Medium der Veröffentlichung bleiben. Er verweist auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Personal- und Finanzausschusses und lässt hierüber abstimmen.

Einstimmiger Beschluss:

„Der Gemeinderat beschließt die Satzung über die öffentlichen Bekanntmachungen der Gemeinde Heusweiler in der als Anlage 1 beigefügten Fassung.“

zu 6 Erhebung von Vergnügungssteuern ab 1. Januar 2021
Vorlage: BV/0158/20

Der Vorsitzende erläutert den Sachverhalt und verweist auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Personal- und Finanzausschusses.

Einstimmiger Beschluss:

„Die Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuern in der Gemeinde Heusweiler (Vergnügungssteuersatzung - VgnSt-Satzung) vom 18. Dezember 2012 in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 28. November 2013 wird mit Außerkrafttreten des Saarländischen Vergnügungssteuergesetzes (VgnStG) zum 31. Dezember 2020 rechtswidrig.

Die Gemeinde wird auch künftig nach mit den derzeit geltenden Bestimmungen vergleichbaren Regelungen Vergnügungssteuer erheben und daher ihre Satzung zeitnah anpassen.“

zu 7 Abschluss eines Tierbetreuungsvertrages zwischen dem Regionalverband Saarbrücken und dem Tierschutzverein 1924 Saarbrücken e.V. zur Liquiditätssicherung des Bertha-Bruch-Tierheims in Saarbrücken
Vorlage: BV/0173/20

Der Vorsitzende erläutert ausführlich den Sachverhalt und verweist auf den aktuellen Vertragsentwurf, der am heutigen Tag an die Ratsmitglieder versandt wurde. Seitens der Verwaltung werde vorgeschlagen, der Vereinbarung zuzustimmen.

Herr Schwindling halte es für einen guten Kompromiss, bezüglich der Abstimmung zwischen der Landeshauptstadt und den Bürgermeistern der Umlandgemeinden. Es sei kontrovers diskutiert worden und trotzdem konnte eine gemeinsame Lösung gefunden werden.

Herr Stefan Schmidt könne sich den Worten seines Vorredners nur anschließen. Die Vertragsform zur künftigen Finanzierung des Tierheims sei positiv und gebe Rechtssicherheit. Daher werde die SPD dem Kompromiss zustimmen, bittet jedoch die Verwaltung auf den Verein des Bertha-Bruch-Tierheims zuzugehen, um die Öffentlichkeitsarbeit in Heusweiler stärker in den Fokus zu rücken. Dies

könne durch Einbindung auf der Homepage der Gemeinde oder im öffentlichen Teil des amtlichen Bekanntmachungsblattes erfolgen, sofern es zuvor redaktionell mit der Verwaltung abgeklärt werde.

Der Vorsitzende informiert, dass Herr Dick, der Vorsitzende des Tierschutzvereins, eine Einladung an alle Räte ausgesprochen habe, für eine Besichtigung des Tierheims. Wenn Interesse seitens des Rates bestehe, könne man sich mit einer kleinen Delegation vor Ort ein Bild machen, was auch der Kommunikation untereinander diene. Sobald sich die Situation der Pandemie ändere, sollte das Angebot angenommen werden. Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt er über den Beschlussvorschlag abstimmen mit der Maßgabe, dass im letzten Satz „(respektive den jeweiligen Kommunen)“ gestrichen werde, da der Vertrag mit dem Regionalverband geschlossen werde.

Einstimmiger Beschluss:

„Die Vertreter der Gemeinde Heusweiler werden angewiesen im Kooperationsrat des Regionalverbandes Saarbrücken folgendem Sachverhalt inhaltlich zuzustimmen:

„Zur Liquiditätssicherung des Bertha-Bruch-Tierheims wird dem Tierschutzverein 1924 Saarbrücken e. V. seitens des Regionalverbandes ein umlagefinanzierter Zuschuss in Höhe von Jährlich 115.000 € gewährt.

Als Gegenleistung wird ein entsprechender Tierbetreuungsvertrag zwischen dem Tierschutzverein und dem Regionalverband abgeschlossen.“

(Herr Zimmer war während der Abstimmung abwesend.)

zu 8 Wirtschaftsplan 2021 des EVS **Vorlage: BV/0176/20**

Der Vorsitzende erläutert ausführlich den Sachverhalt und verweist auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Bau- und Verkehrsausschusses.

Einstimmiger Beschluss:

„Der Gemeinderat stimmt dem Wirtschaftsplan 2021 des EVS zu.

Der Bürgermeister wird angewiesen, dem Wirtschaftsplan in der Verbandsversammlung des EVS zuzustimmen.“

zu 9 Wirtschaftsplan des Zweckverbandes ÖPNV auf dem Gebiet des **Regionalverbandes Saarbrücken (ZPRS)** **Vorlage: BV/0175/20**

Der Vorsitzende gibt Ausführungen zum Sachverhalt und verweist auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Bau- und Verkehrsausschusses.

Herr Hill hält fest, man sei sich einig, dass der ÖPNV für die Bevölkerung sehr wichtig sei und allen am Herzen liege. Trotzdem habe er Sorgen, was den Zweckverband betreffe. Es sei bekannt, dass Püttlingen voraussichtlich den

Zweckverband verlassen wolle. Ob dies schon beschlossen sei, wisse er nicht. Deshalb stelle sich ihm die Frage, ob der Zweckverband auf wackligen Füßen stehe, oder damit zu rechnen sei, dass man daran festhalte.

Der Vorsitzende führt aus, dass er seine persönliche Sicht der Dinge immer wieder kundgetan und aus den bisherigen Diskussionen des Rates herausgehört habe, dass dieser es genauso sehe. Die Gemeinde Heusweiler wolle am kleinen Zweckverband festhalten, um dadurch direkten Zugang zu Informationen zu erhalten, im Hinblick auf die Linien und die Kosten. Bei vorsichtiger Beurteilung der Kolleginnen und Kollegen im kleinen Zweckverband glaube er, dass überwiegend diese Meinung herrsche. Dies sei jedoch seine persönliche Einschätzung. Das Thema werde am 18.12.2020 auf der Tagesordnung stehen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt er über die Empfehlung des Bau- und Verkehrsausschusses abstimmen.

Einstimmiger Beschluss:

Der Bürgermeister wird ermächtigt, in der Verbandsversammlung des ZPRS wie folgt abzustimmen:

„Dem vorgelegten Entwurf des Wirtschaftsplanes des Zweckverbandes ÖPNV auf dem Gebiet des Regionalverbandes Saarbrücken (ZPRS) für das Jahr 2021 wird zugestimmt.“

zu 10 **Mitteilungen und Verschiedenes**

zu 10.1 **Planungsstand Baugebiet Holz - Sportplatz**

Herr Roos möchte bezüglich des Planungsstandes Baugebiet Holz - Sportplatz wissen, ob schon Verhandlungen mit Grundstücksinteressenten geführt bzw. Vorbereitungen getroffen worden seien, da das Gelände entsprechend vorbereitet werden müsse und spricht diesbezüglich die Hangsicherung an. Er fragt, ob diese Arbeiten vom Bauamt oder mit Hilfe eines externen Büros umgesetzt würden. Anfang September habe eine Abfrage bei den Anwohnern der Straßen „Zu den Hütten“ und „Am Westfeld“ bzw. den umliegenden Gewerbetreibenden hinsichtlich einer zentralen Nahwärmeversorgung stattgefunden. Er hätte gerne gewusst, wie diesbezüglich das Ergebnis aussehe.

Frau Thewes teilt mit, dass bezüglich des Nahwärmekonzeptes Herr Schramm entsprechende Ausführungen machen werde. Für die Verwaltung sei dies ein Punkt gewesen, dass sollte das Nahwärmekonzept kommen, die Verwaltung die hierzu erforderlichen Leitungen in die Planung integriere. Die Planung werde von einem Ingenieurbüro erstellt. Dann sei die Erschließungsplanung beendet und man hätte die Kosten vorliegen, so dass die Beschlussvorlage spätestens für die Januarsitzung erstellt werden könne, um die Vergabekriterien und den Kaufpreis zu diskutieren. Sie gehe davon aus, dass in den nächsten zwei Monaten die abschließende Beratung im Rat erfolgen könne, so dass man danach in die Vermarktungsphase gehen bzw. submitieren könne. Im Frühjahr könnte dann mit dem Bau begonnen werden.

Herr Schramm hält fest, dass derzeit die Umsetzung des Nahwärmekonzeptes erfolge, die finale Entscheidung jedoch noch nicht getroffen sei. Die Entscheidung

des Rates keinen Anschluss- und Benutzungszwang auszusprechen, mache die Umsetzung des Konzeptes aus unternehmerischer Sicht schwierig für die Gemeindewerke Heusweiler (GWH). Trotzdem sei, wie aufgetragen, eine Bedarfsanalyse durchgeführt worden. Diesbezüglich seien die Anwohner und Unternehmen der Straßen „Zum Westfeld“ und „An den Hütten“ angeschrieben worden und man habe positive Rückmeldungen erhalten. Man sei positiv gestimmt, dass eine Umsetzung erfolgen könne. Um es wirtschaftlich umsetzen zu können, habe man aus unternehmerischer Sicht gesagt, dass man zu Beginn einen Großabnehmer benötige. Diese Gespräche würden derzeit laufen. Dies sei die PVS, der ein Wärmepreis sowie ein Konzept vorgelegt worden sei. In der gestrigen Sitzung des Aufsichtsrates der GWH sei beschlossen worden, dass das Projekt angegangen werden könne. Ausschlaggebend hierfür sei, dass ein Großabnehmer gewonnen werden könne. Man sei final in den Gesprächen und es seien noch wenige Sachen zu klären, so dass man dem Unternehmen ein Angebot vorlegen könne. Wenn dies angenommen werde, erfolge die Umsetzung.

Herr Stefan Schmidt möchte sich gerne im Namen der SPD-Fraktion bei der Geschäftsführung der GWH, bei Herrn Schramm und bei Herrn Mohr bedanken. Er finde der Gemeinderatsbeschluss zur Potentialanalyse sei gut durchgeführt worden und die Rückmeldungen zeigten, dass ein gesteigertes Interesse seitens der Bürgerinnen und Bürger bestehe. Es zeige sich, dass der mehrheitlich getroffene Gemeinderatsbeschluss, keinen Anschlusszwang herbeizuführen, falsch gewesen sei und hoffe, dass damit das wegweisende Projekt nicht sterbe. Er denke, dass es sich um ein zukunftsfähiges und vor allem ökologisches Projekt handle und wünsche unternehmerisches Geschick bei der Umsetzung, obwohl die Mehrheit des Gemeinderates nicht so weitsichtig gewesen sei.

Herr Manfred Schmidt merkt an, ob etwas richtig oder falsch sei, liege immer im Auge des Betrachters. Man habe dies damals ganz anders gesehen und wollte keinen Zwang ausüben, da es nicht den Gegebenheiten, die man für die Gesellschaft vorsehe, entspreche. Da jeder sein eigenes Modell habe, wie er die Wärmeversorgung ausgestalten wolle, habe man nicht eingreifen wollen. Herr Schramm habe dargelegt, dass es auch so gut gelingen könne. Er schlägt Herrn Schramm vor, ebenfalls die Anwohner der Jungenwaldstraße zu befragen, um weiteres Potential auszuschöpfen. Natürlich hänge die Umsetzung von dem Großunternehmer ab, aber diesbezüglich sei man guter Dinge.

Der Vorsitzende hält fest, da man sich unter dem Punkt Mitteilungen und Verschiedenes befinde, lasse er zur Thematik nur noch die Wortmeldung von Herrn Zimmer zu.

Herr Zimmer verdeutlicht, dass bereits ein Kanalanschlusszwang, ein Wasseranschlusszwang, ein Stromnetzanschlusszwang, ein Straßenbenutzungszwang usw. bestehe. Hier habe man ein eigenes Unternehmen, an dem die Kommune profitiere, um danach für die Bürgerinnen und Bürger etwas Gutes zu tun. Es handle sich um ein zukunftsweisendes Projekt, das ökologisch und umweltpolitisch sinnvoll sei. Dies zu konterkarieren wegen eines weiteren Anschluss-zwangs sei ein gemeindeschädigendes Verhalten.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:56 Uhr. Nach Herstellung der Nichtöffentlichkeit fährt der Vorsitzende mit der Tagesordnung fort.